Nr. 149 Abend-Ausgabe
B 74

Vossische Berlin Zeitung

Freitag, 28. März 1930
V

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3666—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Brünings Auftrag

Die Sozialdemokraten haben ihre Machtposition im Reich geräumt. Daß sie freiwillig gingen, und noch dazu belastet mit der Verantwortung für eine Regierungskrise vor dem Aprilermin, an dem die neuen Steuern fließen sollen, kann nicht gerade als Meisterleistung politischer Strategie gelten.

Gewiß mag es lockend sein, in einem Augenblick, in dem die Verwirrung im kommunistischen Lager groß ist, frei von der Verantwortung für die Staatsnotwendigkeiten, den Kampf um die Seele der großstädtischen Arbeitermassen aufzunehmen, die in den letzten Jahren köpfscheu geworden sind und unter dem Druck wirtschaftlicher Not zwischen links- und rechtsradikalen Stimmungen hin und her schwankten. Und auch die Aussichten bei den Neuwahlen, die unter Umständen über Macht kommen können, sind bei der herrschenden Mißstimmung günstiger, wenn man vor allem Volk die Hände in Unschuld wäscht.

Solche Erwägungen sind die starke Seite des Parteivorsitzenden Wels, dessen Ehrgeiz sich in all den Jahren sozialistischer Ministerherrlichkeit darauf beschränkte, den Parteiapparat in Ordnung zu halten und damit die Machtgrundlage sicherzustellen. Die Minister kommen und gehen; die Massen der sozialdemokratischen Wähler aber bleiben bestehen. Das ist das Werk von Wels. Das ist seine Stärke und seine Schwäche. Die Partei hat den dritten Teil aller Reichstagsmandate inne und sie wird auch bei Neuwahlen kaum viel verlieren. Dafür hat Wels gesorgt. Aber was nützen diese Mandate, welche Geltung haben sie, welche Aussichten eröffnet ihr Besitz? Gestern schien es, als ob die Deutsche Volkspartei sich aus der Regierung hinausmanövrieren wolle. Heute stehen die Sozialdemokraten vor der Türe, zweifellos auch in der Opposition eine beachtliche Kraft, aber gelähmt durch den Mangel an Schwung, an Selbstvertrauen, an Wagemut. Und die gebesserten Wahlausschten werden teuer, teuer erkauft durch die Erschütterung des parlamentarischen Systems, das, von außen systematisch beramnt und gestört, der Opferfreudigkeit seiner Träger doppelt bedarf, einer Opferfreudigkeit und Großzügigkeit, die vorübergehende Rückschläge bringen mag, aber schließlich doch auch zum äußeren Erfolg führt.

Die neue Regierung wird ohne die Sozialdemokraten gebildet werden. Aber es ist unmöglich, sie gegen die Sozialdemokraten zu führen. Dafür sorgt schon der Hugenbergblock, dessen Starrheit und Sturheit eine Rückversicherung für die Sozialdemokraten bedeutet. Dr. Heinrich Brüning, der neue, rasch entschlossene Kanzler, ist ein verhältnismäßig junger Mann, Kriegsteilnehmer, Gewerkschaftler, Parlamentarier erst seit fünf Jahren, 1924; alles in allem: Vertreter einer neuen Führergeneration. Sein Auftrag lautet, ein Kabinett ohne koalitionsmäßige Bindung zusammenzustellen. Das bedeutet, daß der Versuch, von vornherein eine Mehrheit für das Kabinett zu sichern, nicht gemacht werden soll. Es bedeutet weiter, daß der neue Kanzler sich seine Mitarbeiter nach eigenem Ermessen und unter eigener Verantwortung aussucht.

Man darf erwarten, daß dieses Verfahren, das allein dem Geist der Verfassung entspricht, das Schauspiel tagelanger Fraktionsverhandlungen erspart, das seinerzeit in besonders krasser Form von den Deutschnationalen aufgeführt wurde, mit dem grotesken Effekt, daß dem Reichskanzler die Männer seines Vertrauens durch förmliche Fraktionsabstimmungen zuerteilt wurden.

Wünschenswert wäre, wenn bei der Neubildung der Regierung endlich der Notwendigkeit Rechnung getragen würde, die auf vier Ministerien verteilte Verantwortung für die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen in einer Hand zusammen zu fassen. Das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsarbeitsministerium sind so eng verknüpft mit den Aufgaben des Reichsfinanzministeriums und des Reichsernährungsministeriums, daß auch bei größter gegenseitiger Loyalität der Apparat nebeneinander und gegeneinander arbeitet. Vielleicht hätte der Streit um die Arbeitslosenversicherung nicht zum Kabinettssturz geführt, wenn nicht der Ressortgeist die Gegensätze verschärft und den Eifer, bis zum äußersten in der Verfechtung des eigenen Standpunktes zu gehen, beflügelt hätte. Der neue Mann hätte mit der schöpferischen Zusammenfassung der Aemter einen guten Start.

Das Kabinett Hermann Müller hinterläßt eine Reihe ungelöster dringender Aufgaben. Unter dem Druck der außenpolitischen Notwendigkeiten sind wichtige innere Reformen allzu lange unerledigt geblieben. Neben der Ordnung der Finanzen sind Reichsreform und Wahlreform wichtige Voraussetzungen für die Sicherung des ruhigen Ausbaues im Inneren. Bedeutsame Vorarbeiten sind dafür geleistet worden. Das Ausscheiden Severings darf keine neue Verzögerung bringen. Heute freut sich Frick. Hoffentlich zu früh und hoffentlich nicht lange.

J. E.

Kabinett Brüning

Der Auftrag des Reichspräsidenten / Vollmachten aus Artikel 48 und Auflösungsorder / Zug zu den Konservativen / Macht Schiele mit?

Amtlich wird mitgeteilt: „Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag Reichstagsabgeordneten Dr. Brüning und erteilte ihm den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung. Hierbei brachte der Herr Reichspräsident zum Ausdruck, daß es ihm angesichts der Schwierigkeiten der parlamentarischen Lage nicht zweckmäßig erscheine, die künftige Reichsregierung auf einer koalitionsmäßigen Bindung aufzubauen. Dr. Brüning hat den ihm in dieser Form erteilten Auftrag angenommen. Außerdem empfing der Herr Reichspräsident heute vormittag den Reichstagspräsidenten Löbe zu einer Besprechung der durch den Gesamtrücktritt der Reichsregierung entstandenen politischen Lage. (W. T. B.)

Die Empfänge im Reichstag

Der Reichspräsident hat heute vormittag zunächst traditionsgemäß den Reichstagspräsidenten Löbe empfangen und unmittelbar darauf den Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, Abgeordneten Dr. Brüning, dem er den Auftrag erteilte, die neue Reichsregierung zu bilden. Dr. Brüning hat den Auftrag angenommen. Es wird glaubwürdig versichert, daß der Reichspräsident Dr. Brüning für den Fall, daß im Reichstag eine Mehrheit für die Steuervorlagen nicht aufzubringen sein wird, die Vollmachten aus dem Artikel 48 der Verfassung (Notverordnung) und auch die Order für die Auflösung des Reichstags zugesagt habe.

Seit 11½ Uhr vormittags verhandelt Dr. Brüning im Arbeitszimmer des Reichskanzlers im Reichstage mit jenen Persönlichkeiten, die er für sein Kabinett zu gewinnen wünscht. Wenn Dr. Brüning seine Absichten voll zu verwirklichen vermag, wird das neue Reichskabinett am Beginn der kommenden Woche sich dem Reichstage in folgender Zusammensetzung vorstellen können:

Reichskanzler: Dr. Brüning (Zentrum).
Inneres: Dr. Wirth (Zentrum), der bisherige Reichsminister für die besetzten Gebiete. Dieses Ministerium soll Dr. Wirth weiter verwalten, bis es nach der völligen Befreiung des Rheinlandes überflüssig geworden ist.
Auswärtiges: Dr. Curtius (Dt. Volkspartei).
Finanzen: Dr. Moldenhauer (Dt. Volkspartei).
Reichswirtschaftsministerium: Dietrich (Demokrat), bisher Reichsernährungsminister.
Arbeit: Dr. Stegerwald (Zentrum), bisher Reichsverkehrsminister.
Ernährung: Schiele (Reichslandbund).
Verkehr: Treviranus (Volkskonservativ).
Reichswehr: General Groener.
Post: Dr. Schätzel (Bayer. Volkspartei).

An diese Liste ist nur der Vorbehalt zu knüpfen, daß es dem neuen Kanzler gelingt, den Landbundführer Schiele, der schon im vierten Kabinett Marx Reichsernährungsminister gewesen ist, zum Eintritt in das Kabinett zu veranlassen. Im Reichstage wurde um die Mittagsstunde von sehr zuverlässiger Seite mitgeteilt, **daß Schiele sein Einverständnis bereits erklärt habe.** Eine authentische Bestätigung war aber noch nicht zu erlangen, und deshalb sei die Nachricht zunächst noch mit Vorbehalt wiedergegeben, auch schon darum, weil die Frage, ob Schiele in das Kabinett Brüning eintritt oder nicht, für das politische Antlitz des neuen Kabinetts von entscheidender Bedeutung ist.

Die „Vossische Zeitung" hat berichtet, daß der Reichspräsident gestern den führenden Mann der volkskonservativen Gruppe im Reichstage, Treviranus, in längerer Audienz empfangen hat. Diese Tatsache ist in unterrichteten politischen Kreisen viel beachtet worden. Es ist bekannt, daß der Reichspräsident in den letzten Tagen auch den Landbundführer Schiele empfangen hat, und es wird behauptet, daß heute Hugenberg bei ihm gewesen ist. Aber Hugenberg scheidet für eine Kombination aus, seine Blätter haben es heute wieder verkündet, daß eine Beteiligung der Deutschnationalen an einem Kabinett Brüning nur in Frage käme, wenn der Kurs der Reichspolitik völlig geändert und vor allem auch die gegenwärtige Koalition in Preußen gesprengt würde. **Alle Hoffnungen auf einen Sturz der preußischen Regierung von innen heraus sind aber, wie wir aus sehr gutem Grunde versichern können, hoffnungslos.** Für das Kabinett Brüning wäre Hugenberg eine unerträgliche Belastung, die den Demokraten jede Mitarbeit unmöglich machen würde. Der neue Reichskanzler denkt wohl auch kaum daran, sich auf Hugenberg zu stützen, wohl aber will er jene Gruppe in der Deutschnationalen Partei gewinnen, die bereit ist, sich auf den Boden des heutigen Staates zu stellen und Realpolitik zu machen.

Was sich hier, und zwar mit deutlich erkennbarem, sehr wirksamem Einfluß des Reichspräsidenten vollzieht, ist ein **Zusammenschluß der sogenannten „wahrhaft konservativen" Kräfte im Parlament.** Daß dabei das Zentrum mitmacht, sogar die führende Rolle übernimmt, kann nicht Wunder nehmen. Wer im letzten Jahr die Kundgebungen der Zentrumsführer auf Parteitagen und bei anderen Anlässen aufmerksam beachtete, hat diese Tendenz des Zentrums zum Zusammenschluß der konservativen Elemente, zu denen Hugenberg natürlich nicht zu rechnen ist, leicht erkennen können. Wenn Schiele, dem Appell des Reichspräsidenten folgend, sich bereit erklärt, das Ernährungsministerium im Kabinett Brüning zu übernehmen, so kann das die weitere und ungleich umfangreichere Segession jener Elemente aus der Deutschnationalen Partei zur unmittelbaren Folge haben, die die Hugenbergsche Katastrophenpolitik ablehnen und zur aktiven Mitarbeit in der deutschen Republik drängen. Schwer zu sagen, ob diese Gruppe dreißig oder mehr Abgeordnete stark sein wird, weil auf jeden Fall würde ein solcher Vorgang die Zertrümmerung der deutschnationalen Fraktion bedeuten. Man hält es deshalb nicht für ausgeschlossen, daß Hugenberg, um diese katastrophale Niederlage zu vermeiden, gute Miene zum bösen Spiel macht. Aber wenn Hugenberg wirklich sich dafür entscheiden sollte, Gewehr bei Fuß zu stehen und zu dulden, was er nicht verhindern kann, dann hätte das politische Revirement, das das Zentrum unter Brünings Führung erstrebt, seinen tiefsten Sinn verloren.

Erst parlamentarisch, dann § 48

Was sind die nächsten Absichten Dr. Brünings, wenn er sein Kabinett zustande bringt? Soweit sich erkennen läßt, will er zunächst an den Gedanken anknüpfen, den Müller-Franken gestern in der letzten Sitzung seines Kabinetts zur Diskussion gestellt hat: **Parlamentarische Verabschiedung der Steuervorlagen mit möglichster Beschleunigung, also vorläufig ohne Arbeitslosen-Versicherung und ohne Steuersenkungs-Programm.** Woher will er aber die parlamentarische Mehrheit nehmen? Auch wenn seine Front von den Demokraten bis zu der Gruppe Schiele reicht, und wenn die Wirtschaftspartei das Kabinett Brüning wirklich unterstützt, ist eine Mehrheit zahlenmäßig nicht zu ermitteln.

Dr. Brüning hat darum heute vormittag nicht nur die Abgeordneten Treviranus, von Keudell, Dietrich, Schiele und andere empfangen. Er hat sich auch mit dem Fraktionsführer der Sozialdemokraten, Abg. Dr. Breitscheid, in Verbindung gesetzt. Die Frage an die Sozialdemokraten kann nur dahin gelautet haben, ob sie sich entschließen könnten, die Verabschiedung der Steuervorlagen zu tolerieren. Denn Dr. Brüning ist entschlossen, zunächst den parlamentarischen Weg zu gehen, ehe er von den zweischneidigen Vollmachten des Artikels 48 Gebrauch macht.

Die Sozialdemokraten, die gestern das von ihnen selbst geführte Kabinett gestürzt haben, weil sie sich nicht entschließen konnten, gegen die rein gewerkschaftliche Einstellung sich in politischem Sinne zu entscheiden, stehen also vor der Frage, die Steuergesetze passieren zu lassen, ohne ihre Forderungen in der Arbeitslosen-Versicherung durchzusetzen. Für sie ist es überdies eine schwere Belastung, daß im Kabinett Brüning zwei Persönlichkeiten,